Left-Top Aligned

Richards

1837

Mèci z BKA

Centered

(4)

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

Centered

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

5 K. 1.
Eingar: 10. NOV. 1937
Be.-B. Nr.: 3273
Betr.: VI A 9 b
Zur Erledigung an: Lothar Wolf

H/72.....8.11.1937

1.) Neuerlich Gerüchte betreffs Regierungsumbildung.
Der Umbildung der Regierung wegen war Schuschnigg 3.ds. zum Thee bei Miklas. Allerlei Namen tauchen wieder auf, sind aber reichlich uninteressant, da ohnehin stets dieselben genannt werden. Kein einziger könnte Änderung des Kurses bedeuten!
Besonders heftig kritisieren die Wirtschaftsmänner. Deren Geschäft droht in der allgemein einsetzenden Stagnation katastrophal zu werden.
Prälat Drexler, der Vorarlberger Geistliche liberaler Richtung, Intimus Enders, sieht wiedereinmal den Zusammebbruch als "völlig unvermeidbar". Behauptet, auch Miklas sähe gleich! Der Zeitpunkt werde da sein, wenn man im kommenden Jahre versuchen werde, die Verfassung zu "aktivieren" und sich dabei unfehlbar herausstellen muss, dass eine solche Aktivierung ein Unding. "Das Werkel des seligen Dollfuss kann nicht laufen"! Es werde auf keinen Fall etwas anders als Volksbefragung, Appell an die Massen übrig bleiben. Dass Miklas mit Schuschnigg heute noch weiterarbeite, sei nur auf die Angst des Bundespräsidenten zurückzuführen, dass der Zusammenbruch den"Römischen"ungeheuren Schaden zufügen werde. Überall sieht man die Kirche als den letzten Endes leidtragenden Teil an. Hofrat Waranitsch' offizieller "Christlicher Pressedienst" versendet darum regelmässig monatlich dicke Informationen gesondert an höhere Geistliche allein; orientiert sie besonders über die innerpolitische Lage. Ständig kehrt hiebei die Behauptung wieder: Alles einzusetzen für die "Vaterl.Front", denn mit dieser allein steht und fällt die ganze Kirchenposition in Österreich!
Miklas fürchtet ausserdem, dass sich kein williger Schuschnigg-Nachfolger finden wäre, dem auch entsprechende Fähigkeiten zuzutrauen wären.

2.) Innitzer sehr krank. Man befürchtet baldigen Kolaps. Bemerkenswert aus verlässlichster Quelle die Nachricht, dass der Kardinal seit 34 schlecht mit Schuschnigg stehe und dass sich das Verhältnis immer schlechter gestalte. Innitzer liege aber auch, entgegen gewissen Gerüchten und Annahmen, auch am Vatikan schlecht. Man gibt sich dort keinen Illusionen über die Schwäche der gan-

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

Centered

3-4

Right-Bottom Aligned

zem Stellung der Kirche in und durch Österreich hin. Auch die Position der österr. Regierung wird nun am Vatikan als äusserst gefährdet angesehen. Auf jeden Fall behauptet Drexler, man sei in Rom nicht gewillt, sich mit Schusch nigg auf Gedeih und Verderben zu verbünden und "könne zweifellos auch anders", wenn die Gefahr für die Kirche zunehmen sollte. Drexler meint, mit Schmidt könne niemand auf die Dauer gedeihlich zusammenarbeiten, da er viel zu nervös sei. Zernatto hingegen werde überall schwer abgelehnt, bekämpft jetzt, weil er sich in das verderbliche SK-Unternehmen hineinziehen liess. Die Kritiken an der "Vaterl.Front" werden immer gehässiger; in "verlässlichen Kreisen" beginnt man allerlei über die völlig undurchsichtige Geldgebarung zu munkeln und spürt den Anlagen der übermässigen Einnahmen der Männer um Zernatto und dieses selbst nach; Hauskäufe etz. Miklas selbst habe unlängst im vertrautesten Kreise geäussert, Schuschnigg habe, wenns hoch geht, 20 % hinter sich.(Diese Berechnung deckt sich mit der Dr.Veiters---H/66 a vom 26.9.37--)

3.) Muckermann predigt eifrig. Bei seiner Schlusspredigt in der Jesuitenkirche am Hof erklärte er: Der Papst habe ausdrücklich gebilligt, dass ein Glaubensstreiter auch zur Waffe greife, wenn es die Verteidigung der heilige Kirche fordere. Man müsse also ruhig damit rechnen, dass die "Katholiken im deutschen Raume" vielleicht auch bald einmal zum Gewehr greifen müssen,um ihren angestammten katholischen Glauben zu verteidigen!
Dass die Zuhörerschaft in diesen Worten die glatte Befürwortung eines neuen deutschen Religionskrieges sah, ersteht sich von selbst.
Von allen Seiten wird regste Arbeit der Emigranten gemeldet. Ihr Zentrum ist Dr. Kühr in der Wiener Arbeiterkammer!

4.) Grosse Aktivität auch der Legitimisten. Bruder Ottos, Felix, wird demnächst in Wien eintreffen, um wie seine Schwester Adelheid an der Universität zu studieren. Die bevorstehenden Demonstrationen anlässlich Ottos Geburtstag werden durch Felix' Anwesenheit besondere Zugkraft finden.

5.) Regierung plant die Einrichtung eines eigenen Staatssekretariats für Industrieförderung. Als dessen Chef ist der derzietige Sekretär des Industriellenverbandes, der Vaterländler Dr. Margaretha in Aussicht genommen.

Left-Top Aligned

Centered

5-6

Right-Bottom Aligned

3.

6.) Guido Schmidt hat in Wasserbäck einen scharfen Gegner ins Ballhaus gesetzt erhalten. Ressortaufteilung: Schmidt betreut Süd-Nord-Achse und deren Freunde. Wasserbäck soll Ost-West-Achse "studieren" und deren Glieder bei gutem Willen erhalten, Österreich im Bedarfsfalle sofort aufzunehmen. Neutralisierungstendenzen um Wasserbäck besonders verankert.
Verhältnis Wien s zu Italien wird im Ballhaus als derzeit besonders schlecht bezeichnet, sowohl wirtschaftlich als politisch. Rückwirkungen auf österr. Wirtschaft werden überall als katastrophal vorausgesehen. In Kärnten bereits Betriebssperrungen.

7.) Auslandsberichte, die in Wien vorliegen, besagen:
Helsingfors: Sehr beeindruckender Bericht über rapides Vordringen der Nazi-Propaganda in allen baltischen Staaten.
Budapest: österr. Vertreter daselbst befürwortet aufs heftigste das Schuschnigg'sche Dreieck!
London: Bericht Frankensteins von A-Z West-Ost-Achsen-Einstellung schärfster Observanz. Nötig sei, Westmächte im Donauraum stärkstens zu interessieren. Düstere Schilderung der Lage Italiens. Völlig Einkreisung durch England gelungen. Balearen-Rückgabe würde allerdings Milderung der Gegensätze bringen. Das Reich liege an Themse etwas besser, aber ganz unsicher. Englands eigene Lage nicht rosig. Befürchteter Sieg Francos werde Mittelmeerweg so gut wie abschneiden. Portugal dann unfehlbar auf dem Weg zum Faschismus. Dessen Inseln an westafrikan. Küste bedrohen dann auch den Weg durch Südatlantik.
Belgrad: Westmächte können daselbst gegen den festverwurzelten übermächtigen reichsdeutschen Einfluss nicht aufkommen. Dies nur möglich, wenn Dreieck Vorstoss unternehmen könnte, da SHS an dessen Bereich unmittelbares Interesse habe. Bisher habe gesondertes Vorgehen der 3 Dreiecksteile mit zersplitterter Kraft nichts auszurichten vermocht. Daher: engster Dreieckszusammenschluss, wofür Westen mit Hinweis auf dessen ureigenste Interessen gewonnen werden müsse.

Left-Top Aligned

Reg.

Centered

7-P

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

III 224
A.Z. 4359
13. SEP. 1937

SD 4

A b s c h r i f t.

Wien, 31.August 1937.

Gestern, Montag, fand unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg eine zweistündige ausserordentliche Ministerbesprechung statt. Diese ausserordentliche Zusammenkunft war ausschliesslich den Fragen des Fernen Ostens und der Anwesenheit des chinesischen Finanzministers Dr. Kung gewidmet und stand mit dem scharfen Protest der japanischen Regierung wegen der österreichischen Kriegsmateriallieferungen an China im Zusammenhang. Die japanischen Gesandtschaften in Wien und Prag sind nämlich im Besitze genauester Informationen über die Aufträge Dr. Kungs an die österreichischen und tschechoslowakischen Firmen. Die Wiener Regierung hat sich in der besagten Frage mit der Prager Regierung ins Einvernehmen gesetzt, so dass die Antworten Wiens und Prags an Tokio inhaltlich identisch sein werden. Österreich wird den Protest Japans (Nippons) mit der Begründung zurückweisen, dass zwischen Japan und China kein offizieller Kriegszustand herrscht.

III 1137 ph.
Reg

Vfg.

I. An III 223 2. Kl. SEP. 1937
II. An III 7 2. Verbleib
16. Sep. 1937

III 224/7
ke

14. SEP. 1937

Right-Bottom Aligned

I 122
5 - 11

Berlin, den 31. Mai 1937

Bö/Cl.

C vorlegen

SD-Hauptamt
50134 | 1-JUN. 1937
Bearbeiter: III 1 | Aktenzeichen:

Chef der Sicherheitspolizei
Abjutantur
Eing. 31. 5. 1937 Nm
Nr. 5839 | Anl. | Bearbeiter

Betr.: Österreich.

I. Vermerk:

Aus Wien wird berichtet:

Als Folge der Reise Schmidt's nach London und Paris haben sich ernste Differenzen zwischen Schuschnigg und Schmidt ergeben, und zwar erstens aus der bereits gemeldeten Differenz Schmidt-Hoyos und zweitens durch einen Bericht des österreichischen Gesandten in London, Frankenstein, der erklärt, Schmidt habe sich in London als der Mann in der österreichischen Aussenpolitik ausgegeben. Schuschnigg trägt sich nun mit dem Gedanken einer Umbildung der Regierung, Da der Druck auf ihn zur Hineinnahme eines Nationalen in die Regierung wieder stärker wird, will er in die neue Regierung den bekannten Nationalen Reinthaler als Landwirtschaftsminister hineinnehmen. Neuer Aussenminister soll Wasserbeck werden. Wasserbeck ist ein Deutschenhasser und wurde 1933 aus Berlin ausgewiesen. Augenblicklich ist er Botschaftsrat in Paris. Er war als Vertreter Österreichs in Griechenland, später Argentinien ausersehen. Beides ist augenblicklich unaktuell. Wasserbeck hält sich jetzt in Wien auf.

II. An I 12 m.d.B. um Vorlage bei C.

III. Durchschlag an III 224

IV. Abgabe an III 1

I 122

11. Juni 1937

25. Juni 1937

Zeitung: ..... Ort: .....

Nr.: ..... Dat.: .....

I 3			Datum:		Zeichen:	
Abt.						Z. d. A.
an						
ab						
gez.						

Bemerkungen: .....

6

Auslandsdienst

Bericht Nr. 1877/37

Österreich.

Innenpolitisches.

Wien, den 20.Juli 1937

I. Vor einer Regierungsumbildung.

In Wien wird von einer Regierungsumbildung gesprochen, doch wäre es verfrüht, anzunehmen, dass sie vor November erfolgen wird. Es handelt sich dabei um die Ausscheidung Vizekanzler Gülgerths, der nach einjähriger Vizekanzlerschaft wegen Kränklichkeit und nicht überragenden Fähigkeiten zur verdienten Ruhe zurückkehren soll. Weiter wird von Veränderungen im Unterrichts- und Justizressort gesprochen, doch ist der Termin der Umbildung noch zu weit, und die Anhaltspunkte, dass tatsächlich Menghin und Manlicher antreten sollen, sind nicht hinreichend.

11

Der Reichsführer SS
Der Chef des Sicherheitshauptamtes

AZ: III 11 2794/37 Vb/Idm

Der Chef der Sipo u. d. Pol. Polizei im Reichsministerium des Innern — Adjutant —
Eing.: 13. JUL. 1937 V.
Nr. 5108 | Anl. | Bearbeiter:

6. Juli 1937

C vorlegen

Chef der Sicherheitspolizei
Abjutantur
Eing.: 9. 7. 1937 Vm
Nr. 5108 | + | Anl.

M e l d u n g .

Betr.: Vorgänge innerhalb der österreichischen Regierung.

Nachstehende Meldung des SD-Süd wird mit der Bitte um Kenntnisnahme in Vorlage gebracht:

"Aus Kreisen des Bundeskanzleramtes wird mitgeteilt, daß eine Neubesetzung des Vizekanzleramtes im österreichischen Kabinett unmittelbar bevorsteht. Dieser an sich geringfügigen Umbildung kommt keine politische Bedeutung zu. Der Rücktritt des derzeitigen Vizekanzlers Hülgerth erfolgt wegen Krankheit. Als sein voraussichtlicher Nachfolger gilt der Chef des österreichischen Generalstabs, J a n s a , der bekanntlich auch der "christlich-monarchistischen Richtung" Österreichs angehört, dabei aber in keiner Weise als allzu "exponiert" betrachtet werden kann und gute persönliche Verbindungen in allen politischen Lagern hat. Das besagte Angebot wurde Jansa von Bundeskanzler Dr. Schuschnigg am 23.6.37 gemacht; Jansa hat sich drei Tage Bedenkzeit erbeten.

Die im Zusammenhang mit der bevorstehenden Demission Hülgerts in Wien verbreiteten Gerüchte von einer Heranziehung der Vertreter der "nationalen Opposition" zur aktiven Mitwirkung an der österreichischen Staatsführung entbehren jeder Grundlage. Am 22.6.37 hat Bundeskanzler Schuschnigg in einem Privatgespräch erklärt, er werde von seiner Linie keinen Zoll zurückweichen und auch keinem äußeren politischen Druck nachgeben. Sollte Deutschland zu den "Gewaltmethoden" greifen, werde es allein die Folgen daraus tragen müssen. Staatssekretär Dr. Schmidt fügte hinzu, daß die feste Haltung des österr. Regierungschefs vor allem auf eine unzwei-

SD-Hauptamt | Anl.
Eingang: 22. JUL. 1937
Bearbeiter: | Aktenzeichen:

deutige Zusicherung der effektiven britischen Unterstützung für den Fall einer tatsächlichen Bedrohung der österreichischen Unabhängigkeit zurückzuführen sei. Die diesbezügliche Zusicherung Großbritanniens trage übrigens einen durchaus konkreten Charakter.

Im Zusammenhang mit den Gerüchten von einer Umbildung der österreichischen Regierung wird ferner in maßgebenden Kreisen des Bundeskanzleramtes erklärt, daß die vor kurzem erfolgte Schaffung eines volkspolitischen Referates in der V.F. eine jener "optischen Konzessionen" an Deutschland darstelle, die den Zweck verfolgten, den Schein des "guten Willens" der österreichischen Staatsführung gegenüber dem "Geist" des deutsch-österreichischen Abkommens vom 11. Juli 1936 zu dokumentieren."

III 11

Vfg.

1.) An Stbf. mit der Bitte um Vorlage bei C.
2.) Wv. III 11. III 2 z.K.
3.) ZdA III 1131.

III 1 III 11

1937

Left-Top Aligned

Centered

14

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

Centered

Betr.: Regierungsumbildung in Österreich.

Nachstehend wird eine hier eingegangene Meldung über eine Regierungsumbildung in Österreich mit der Bitte um Kenntnisnahme in Vorlage gebracht:

"Aus Kreisen des Bundeskanzleramtes wird mitgeteilt, daß eine Neubesetzung des Vizekanzleramtes in Österreich unmittelbar bevorsteht.

Vizekanzler Huenigerth wird wegen Krankheit zurücktreten. Als voraussichtlicher Nachfolger gilt der Chef des österreichischen Generalstabs Jansa. Jansa gilt als Anhänger der christlich-monarchistischen Richtung."

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

Centered

Betr.: Regierungsumbildung in Österreich.

Nachstehend wird eine hier eingegangene Meldung über eine Regierungsumbildung in Österreich mit der Bitte um Kenntnisnahme in Vorlage gebracht:

"Aus Kreisen des Bundeskanzleramtes wird mitgeteilt, daß eine Neubesetzung des Vizekanzleramtes in Österreich unmittelbar bevorsteht.

Vizekanzler Huengerth wird wegen Krankheit zurücktreten. Als voraussichtlicher Nachfolger gilt der Chef des österreichischen Generalstabs Jansa. Jansa gilt als Anhänger der christlich-monarchistischen Richtung."

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

Der Chef der Sicherheitspolizei

Adjutantur (5168/37)

An.

~~Hauptamt~~ Sicherheitspolizei

~~Gestapa~~

SD-Hauptamt III 11

Vorgang, betr.: „Vorgänge einschließlich des Ehrenbürgerrechts Adolf Hitlers"

A.J.: 2 Fm 32

wurde am 19. Juli 1937

weitergeleitet an:

1. Adj. — RfSS zur „Vorlage RfSS"

~~2. Hauptamt~~ Sicherheitspolizei

~~3. Gestapa~~

zur Rücksprache
zur Stellungnahme
zur Kenntnis
zum Antwortentwurf
zur Erledigung

~~4 SD-Hauptamt~~

zur Rücksprache
zur Stellungnahme
zur Kenntnis
zum Antwortentwurf
zur Erledigung

Gestapa Nr. 146.

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

2.

AZ: III 11 2794/37 Vb/Idm

6. Juli 1937

M e l d u n g .

Betr.: Vorgänge innerhalb der österreichischen Regierung.

Nachstehende Meldung des SD-Süd wird mit der Bitte um Kenntnisnahme in Vorlage gebracht:

"Aus Kreisen des Bundeskanzleramtes wird mitgeteilt, daß eine Neubesetzung des Vizekanzleramtes im österreichischen Kabinett unmittelbar bevorsteht. Dieser an sich geringfügigen Umbildung kommt keine politische Bedeutung zu. Der Rücktritt des derzeitigen Vizekanzlers Hülgerth erfolgt wegen Krankheit. Als sein voraussichtlicher Nachfolger gilt der Chef des österreichischen Generalstabs, J a n s a , der bekanntlich auch der "christlich-monarchistischen Richtung" Österreichs angehört, dabei aber in keiner Weise als allzu "exponiert" betrachtet werden kann und gute persönliche Verbindungen in allen politischen Lagern hat. Das besagte Angebot wurde Jansa von Bundeskanzler Dr. Schuschnigg am 23.6.37 gemacht, Jansa hat sich drei Tage Bedenkzeit erbeten.

Die im Zusammenhang mit der bevorstehenden Demission Hülgerts in Wien verbreiteten Gerüchte von einer Heranziehung der Vertreter der "nationalen Opposition" zur aktiven Mitwirkung an der österreichischen Staatsführung entbehren jeder Grundlage. Am 22.6.37 hat Bundeskanzler Schuschnigg in einem Privatgespräch erklärt, er werde von seiner Linie keinen Zoll zurückweichen und auch keinem äußeren politischen Druck nachgeben. Sollte Deutschland zu den "Gewaltmethoden" greifen, werde es allein die Folgen daraus tragen müssen. Staatssekretär Dr. Schmidt fügte hinzu, daß die feste Haltung des österr. Regierungschefs vor allem auf eine unzwei-

18

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

deutige Zusicherung der effektiven britischen Unterstützung für den Fall einer tatsächlichen Bedrohung der österreichischen Unabhängigkeit zurückzuführen sei. Die diesbezügliche Zusicherung Großbritanniens trage übrigens einen durchaus konkreten Charakter.

Im Zusammenhang mit den Gerüchten von einer Umbildung der österreichischen Regierung wird ferner in maßgebenden Kreisen des Bundeskanzleramtes erklärt, daß die vor kurzem erfolgte Schaffung eines volkspolitischen Referates in der V.F. eine jener "optischen Konzessionen" an Deutschland darstelle, die den Zweck verfolgten, den Schein des "guten Willens" der österreichischen Staatsführung gegenüber dem "Geist" des deutsch-österreichischen Abkommens vom 11. Juli 1936 zu dokumentieren."

III 11

Vfg.

1.) An Stbf. mit der Bitte um Vorlage bei C.
2.) Wv. III 11.
3.) ZdA III 11 31.

III 2442/37 Dr. 332i

III 1 III 11

19

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

Der Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS

Der SD-Führer des SS-Oberabschnittes Süd

14

III/1. SA:2 A I/1. 29.Juni 1937.

Dr.G./Th.

2749

Doppel entnommen
Adjutantur

6366

Sicherheitshauptamt,

Berlin.

Betr.: Vorgänge innerhalb der österreichischen Regierung.- - Regierungsumbildung in Österreich.-

Vorg.: Hier FS. v. 29.6.37. III/1 SA: 2 A I/1.

Aus Kreisen des Bundeskanzleramtes wird mitge.-teilt,dass eine Neubesetzung des Vizekanzleramtes im österreichischen Kabinett unmittelbar bevorsteht.Dieser an sich geringfügigen Umbildung kommt keine politische Bedeutung zu. Der Rücktritt des derzeitigen Vizekanzlers Hülgerth erfolgt wegen Krankheit. Als sein voraussichtlicher Nachfolger gilt der Chef des österreichischen Generalstabs,J a n s a , der bekanntlich auch der "christlich-monarchistischen Richtung" Österreichs angehört,dabei aber in keiner Weise als allzu "exponiert" betrqchtet werden kann und gute persönliche Verbindungen in allen politischen Lagern hat.Das besagte Angebot wurde Jansa von Bundeskanzler Dr. Schuschnigg am 23.6.37 gemacht,Jansa hat sich drei Tage Bedenkzeit erbeten.

Die im Zusammenhang mit der bevorstehenden Demission Hülgerts in Wien verbreiteten Gerüchte von einer Heranziehung der Vertreter der "nationalen Opposition" zur aktiven Mitwirkung an der österreichischen Staatsführung entbehren jeder Grundlage. Am 22.6. 37 hat Bundeskanzler Schuschnigg in einem Privatgespräch erklärt, er werde von seiner Linie keinen Zoll zurückweichen und auch keinem aussenpolitischen Druck nachgeben.Sollte

20

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

Deutschland zu den "Gewaltmethoden" greifen,werde es allein die Folgen daraus tragen müssen.Staatssekretär Dr. Schmidt fügte hinzu,dass die feste Haltung des öster. Regierungschefs vor allem auf eine unzweideutige Zusicherung der effektiven britschen Unterstützung für den Fall einer tatsächlichen Bedrohung der österreichischen Unabhängigkeit zurückzuführen sei.Die diesbezügliche Zusicherung Grossbritaniens trage übrigens einen durchaus konkreten Charakter.

Im Zusammenhang mit den Gerüchten von einer Umbildung der österreichischen Regierung wird ferner in massgebenden Kreisen des Bundeskanzleramtes erklärt, dass die vor kurzem erfolgte Schaffung eines volkspolischen Referates in der V.F. eine jener "optischen Konzessionen" an Deutschland darstelle,die den Zweck verfolgten,den Schein des "guten Willens" der österreichischen Staatsführung gegenüber dem "Geist" des deutsch-österreichischen Abkommens vom 11. Juli 36 zu dukomentieren.

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

Der SD-Führer des SS-Oberabschnitts Süd
i. V.

SS-Hauptsturmführer

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

Zeitung: ..... Ort: .....

Nr.: ..... Dat.: .....

I 3				Datum:	Zeichen:
Abt.					Z. d. A.
an					
ab					
gez.					

Bemerkungen: .....

VI. Parlamentssitzung.

Die vergangene Woche stand im Zeichen erhöhter Tätigkeit im Parlamentsgebäude, das während der Sitzungen von einem Kordon von Polizei und Kriminalbeamten umgeben ist.

Centered

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

Zeitung: ..... Ort: .....

Nr.: ..... Dat.: .....

I 3			Datum:		Zeichen:	
Abt.						Z. d. A.
an						
ab						
gez.						

Bemerkungen: .....

Bericht Nr. 1688/37

W/R Österreich.

Innerpolitisches.

7. Juli 1937

Wien, den 28.Juni 1937

Centered

I. Gerüchte über eine Regierungsumbildung.

Gegenüber dem vor einigen Tagen aufgetauchten Gerücht, dass Schuschnigg eine Regierungsumbildung beabsichtige, und dass Minister a.D. Kerber, ferner Dr.Mannlicher und ein Kärntner, dessen Name mit Holzegger oder ähnlich angegeben wurde, in Betracht kämen, ist zu bemerken, dass meine Nachforschungen keinerlei Bestätigung dieses Gerüchtes ergaben.

In der Vaterländischen Front sagte man mir wörtlich: "Ja, das möchten die Nationalsozialisten wohl; soweit aber sind wir noch lange nicht". Ich habe das Gefühl, dass auch diese Antwort nicht ganz zutreffend ist. Die Wahrheit wird wohl zwischen dem Wunsch der einen und dem Nichtwollen der anderen liegen. Über kurz oder lang wird Schuschnigg aber doch wohl nachgeben müssen.

Right-Bottom Aligned

Zeitung: [illegible] Ort: [illegible]

Nr.: [illegible] Dat.: [illegible]

I 3			Datum:		Zeichen:	
Abt.						Z. d. A.
an						
ab						
gez.						

Bemerkungen:

II. Die "Leistungen" der Regierung.

Der scharfe Gegensatz zwischen Regierung und Volksmeinung ist nicht nur bei den Demonstrationen am Sonntag, sondern auch bei der jüngsten Erklärung der oberösterreichischen Bauernschaft (siehe „National-Zeitung" vom 14.ds.Mts.) zum Ausdruck gekommen. Die Sympathien der anständigen Bevölkerung stehen eindeutig auf Seiten Deutschlands. Deshalb machen auch die verzweifelten Versuche der Regierung, Frankreich und England als Beschützer und als Gegengewicht gegen die Achse Rom-Berlin zu gewinnen, einen sehr üblen Eindruck. Absoluten Misserfolgen auf innerpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet, blossen Scheinerfolgen aussenpolitischer Natur hat Österreich nur auf drei Gebieten Steigerungen entgegenzusetzen:

Blatt 2 zu Bericht Nr. 1405/37

1. in der Verschuldung und Verarmung des Staates, der Wirtschaft und des Einzelindividuums
2. in der Zahl der Selbstmorde (während der beiden Pfingstfeiertage allein in Wien 20)
3. als für den sozialen und christlichen Geist besonders bezeichnend - in der Steigerung der Kriminalität, die in der letzten Zeit fast täglich einen Fall für das Standgericht liefert. Ein Funktionär des Wiener Jugendgerichts hat festgestellt, dass die Jugendkriminalität auf das Doppelte gestiegen ist. 54 % der Fälle sind Diebstähle (aus Not). Namentlich die Zahl der "Verbrecher unter 14 Jahren" ist sprunghaft in die Höhe gegangen.

24

Left-Top Aligned

IE/9

III 224/1 AZ:2569/37
Ro/Boß

27. Mai 1937

Eilt

Geheim!

An

III 1.

Betr.: Nachrichten aus Österreich.

Anliegende 3 Meldungen aus dem B.K.A.(Auswärtige Angelegenheiten) werden zur Kenntnisnahme u. Verbleib übergeben.
SS-Oberführer Johst ersucht III 1 wegen des Rußlandsberichtes um Rücksprache.

III 224
m.d.B.
27. Mai 1937

25

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

SD

A b s c h r i f t .

18. Mai 1937.

Am 18. Mai d.J. ist an die österreichische Gesandtschaft in Rom ein ausführliches Schreiben des Bundeskanzleramtes ergangen. Der Schlussteil dieses Schreibens lautet wie folgt:

Das Endergebnis der Unterredung Eden-Delbos am 15.Mai d.J. soll die Erkenntnis der beiden Staatsmänner gewesen sein, dass die Westmächte die Achse Rom-Berlin doch als "feststehende Tatsache" ins Kalkül ziehen müssten, ebenso wie die an sich unwahrscheinliche Umwandlung der deutsch-italienischen Zusammenarbeit in ein formales Militärbündnis. Der französische Aussenminister und der britische Staatsekretär des Äussern seien sich darüber einig geworden, dass die wahren Endabsichten Italiens wie Deutschlands gegenüber Grossbritaniens und Frankreichs bzw. die Pläne Berlins und Roms in Bezug auf Europa grundsätzlich als eine Störung der europäischen Zusammenarbeit und als Gefährdung des internationalen Friedens gelten müssten, solange die deutsch-italienische Achse faktisch gegen den Völkerbund und das Prinzip der Unteilbarkeit des europäischen Friedens gerichtet sei. Frankreich und Grossbritanien würden jedoch jeden sich ihnen bietenden Weg zu einer Verständigung mit dem Deutschen Reich und Italien beschreiten, insofern damit weder eine weitere Schwächung des Völkerbundes noch eine Preisgabe des Prinzips der Unteilbarkeit des europäischen Friedens verbunden wären. Frankreich und Grossbritanien würden das Zustandekommen regionaler Sicherheits - und Hilfeleistungspakte im Einklang mit der Völkerbundsatzung und unter der Aegide der Genfer Organisation fördern, ebenso wie jede

./.

26

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

Koordinierung der Kräfte der sog. "neutralen Staatengruppen", die eine Art Kordon zwischen den denkbaren Kriegsgegnern zu bilden hätten. Frankreich und Grossbritanien würden ihre Bemühungen vor allem auf eine weitestgehende wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Mächte konzentrieren, die im Sinne einer wirksamen Sicherung des internationalen Friedens tätig seien, mit dem Zweke, alle friedensstörenden Elemente auf dem Gebiete der Weltpolitik oder Weltwirtschaft zu isolieren und zur Kapitulation zu zwingen.

Die österr. Bundesregierung stellt im Zusammenhang mit dem Gesagten fest, dass sie noch nicht im Besitze ausreichender Informationen über die wichtigsten politischen Besprechungen bei den Londoner Krönungsfeierlichkeiten ist. Sie muss jedoch auch die bereits vorliegenden Berichte und Meldungen über die besagten Besprechungen als genügend betrachten, um Ew.Exeellenz zu beauftragen, die kgl. und kaiserl. italienische Regierung davon in Kenntnis zu setzen, dass die Bundesregierung trotz ihrem Festhalten an den Römischen Protokollen ex 1934 und 1936 und an dem deutsch-österr. Abkommen vom 11.Juli 1936 kaum in der Lage sein wird, Österreichs Wirtschaftspolitik auch im Falle eines offenen wirtschaftlichen Konfliktes zwischen den Westmächten Frankreich und Grossbritanien einerseits und Italien bzw. Deutschland andererseits auf die erwähnten Verträge in einem Masse zu basieren das den machtpoltischen Interessen Italiens vollkommen entsprechen würde, denn die österreichische Staatsführung könnte unter keinen Umständen darauf eingehen, in einen offenen Konflikt der Grossmächte , wenn auch nur auf wirtschaftlichem Gebiete, hineingezogen zu werden.

27

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

SD

A b s c h r i f t .

18. Mai 1937.

Der Bericht aus Paris vom 15. Mai 1937 stellt fest, dass die französishe Regierung eine auf den ersten Blick kaum merkliche, aber dennoch fortschreitende und unmissdeutbare Änderung ihres Verhältnisses zur Moskauer Regierung vorbereite, die durch die augenblicklichen Beziehungen zwischen Frankreich und Grossbritanien bedingt sei. Es stelle sich immer mehr heraus, dass die französiche-russische "Allianz" lediglich in ihrem jetzigen Umfange mit der französich-britischen Entente vereinbar sei und kaum den von Moskau energisch verlangten Ausbau zu einem formellen Militärbündnis erfahren werde. Die Londoner Regierung scheine jedenfalls Paris neuerlich darauf aufmerksam gemacht zu haben, dass Grossbritanien jede stärkere Bindung Frankreichs an die Sowjetunion als "kaum tragbare Belastung der birtisch-französischen Freundschaft" betrachten müsste, wenn diese eventuell neue Bindung nicht im Rahmen einer gesamteuropäischen Befriedungsaktion erfolge. Laut zuverlässigen Informationen aus Kreisen, die dem Quai d'Orsay nahestehen, hätten sowohl der französische Aussenminister Delbos wie auch der tschechoslowakische Ministerpräsident Dr.Hodza in London die nachdrückliche Erklärung massgebender britischer Staatsmänner zur Kenntnis nehmen müssen, derzufolge Grossbritanien zwar entschlossen sei, den Grundsatz der Unteilbarkeit des europäischen Friedens zur conditio sine qua non für jedes, auch regionale Sicherheitssystem in Europa zu machen, dennoch aber eine von Moskau angestrebte Erweiterung der Hilfeleistungspakte Sowjetrusslands mit Frankreich und der Tschechoslowakei in Richtung eines Militärbündnisses zwischen den drei genannten Mächten als mit der politischen Zielsetzung Grossbritaniens unvereinbar betrachte. In eingeweihten politischen Kreisen Frankreichs herrsche die Ansicht, dass die bri-

28

Right-Bottom Aligned

tische Regierung mit der Wiederaufnahme der Westpakt - Besprechungen zwischen London, Paris und Berlin rechne und jede weitere "nicht unbedingt notwendige" Belastung dieser Pourparlers durch das Verhältnis Frankreichs bzw. der Tschechoslowakei zur UdSSR vermeiden möchte. Die erfreulichen Zeichen des zunehmenden Willens Berlins zu einer Verständigung mit Paris und London wiesen immer deutlicher darauf hin, dass die deutsche Reichsregierung nicht nur grosses Verständnis für den wirklichen Sinn der britisch-französischen Beistandspolitik zeige und sogar geneigt sei, die britisch-Französische Einstellung zum Problem der internationalen Organisation des Friedens als einen, an sich überbrückbaren Gegensatz zwischen zwei taktischen Methoden - der "demokratischen" und der "realpolitischen" - gelten zu lassen, sondern auch die osteuropäischen Verpflichtungen lediglich als ein zwar schweres, aber dennoch überwindbares Hind rnis für das Zustandekommen eines Westpaktes betrachte.

Der besagte Bericht stellt ferner auf Grund der Informationen aus Pariser Regierungskreisen fest, dass weder Frankreich noch Grossbritanien an einen "aufrichtigen Friedenswillen " des Dritten Reiches glaubten, sie seien sich aber darüber einig, dass keine Gelegenheit zu einer alleuropäischen Entspannung unausgenützt bleiben dürfe, namentlich auch nicht die eines mehr oder minder wirksamen Sicherheitssystems im westeuropäischen Raum. Die britische und die französische Regierung stimmten bereits in der Auffassung überein, dass der Kernpunkt des Problems einer effektiven alleuropäischen Friedensorganisation in einem reibungslos funktionierenden System der regionalen Garantie- und Hilfeleistungspakte innerhalb bestimmter "geographisch und wirtschaftspolitisch zusammengefügter" Staatengruppen liege, die auch miteinander durch einzelne Glieder und durch die Zugehörigkeit zum Völkerbund verbunden würden. Die britische und die französische Regierung

seien grundsätzlich gewillt, sich mit der Übernahme eindeutiger Friedensgarantie-Verpflichtungen durch Deutschland nur in Bezug auf Westeuropa zu begnügen, unter der Voraussetzung, dass dies im Rahmen des Völkerbundes bzw. mit vorbehaltloser deutscher Anerkennung der Verpflichtungen Frankreichs und Grossbritaniens aus der Völkerbundssatzung erfolgen würde. Eine etwaige Gewährung voller Handlungsfreiheit an Deutschland in Mittel-,Südost - oder Osteuropa als unmittelbare oder mittelbare Folge des Westpaktes stünde unter den erwähnten Verhältnissen ausser Diskussion, wür e auch im Falle des Zustandekommens eines auf dem Völkerbund basierenden Systems regionaler Sicherheits- und Hilfeleistungsverträge faktisch undurchführbar. Hingegen stünde ein eventuelles Militärbündnis zwischen Frankreich und Sowjetunion-russland bzw. zwischen diesem und der Tschechoslowakei in schwer überbrückbarem Gegensatz zu der von Grossbritanien geplanten Neuregelung Europas.

Left-Top Aligned

Der Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS

Der SD-Führer des SS-Oberabschnittes Süd

III/1 SA: 2 A

Dr.G./sh.

25. Mai 1937.

Haupt... 2 Anl. 48555 27 MAI 1937 ...ter: III/1

An das

S i c h e r h e i t s h a u p t a m t

B e r l i n.

Betr.: Nachrichten aus dem Bundeskanzleramt, Wien.

Vorg.: Ohne.

Doppel entnommen Hauptkartei

Am 18. Mai d.J. ist an die österreichische Gesandtschaft in Rom ein ausführliches Schreiben des Bundeskanzleramtes ergangen. Der Schlussteil dieses Schreibens lautet wie folgt:

Das Ergebnis der Unterredung Eden - Delbos am 15.5.37 soll die Erkenntnis der beiden Staatsmänner gewesen sein, daß die Westmächte der Achse Rom-Berlin doch als "feststehende Tatsache" ins Kalkül ziehen müßten, ebenso wie die an sich unwahrscheinliche Umwandlung der deutsch-italienischen Zusammenarbeit in ein formales Militärbümdnis. Der französische Aussenminister und der britische Staatssekretär des Äusseren seien sich darüber einig geworden, daß die wahren Endabsichten Jtaliens wie Deutschlands gegenüber Grossbritaniens und Frankreich bzw. die Pläne Berlins und Roms in bezug auf Europa grundsätzlich als eine Störung der europäischen Zusammenarbeit und als Gefährdung des internationalen Friedens gelten müssten, solange die deutsch-italienische Achse faktisch gegen den Völkerbund und das Prinzip der Unteilbarkeit des europäischen Friedens gerichtet sei. Frankreich und Grossbritañien würden jedoch jeden sich ihnen

Right-Bottom Aligned

bietenden Weg zu einer Verständigung mit dem deutschem Reich und Jtalien beschreiten, inspferne damit weder eine weitere Schwächung des Völkerbundes, noch eine Preisgabe des Prinzips der Unteilbarkeit des europäischen Friedens verbunden wären. Frankreich und Grossbritanien würden das Zustandekommen regionaler Sicherheits- und Hilfeleistungspakte im Einklang mit der Völkerbundssatzung und unter der Aegide der Genfer Organisation fördern, ebenso wie jede Koordinierung der Kräfte der sog. "neutralen Staatengruppen", die eine Art Kordon zwischen den denkbaren Kriegsgegnern zu bilden hätten. Frankreich und Grossbritañien würden ihre Bemühungen vor allem auf eine weitestgehende wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Mächte konzentrieren, die im Sinne einer wirksamen Sicherung des internationalen Friedens tätig seien, mit dem Zweck, alle friedenstörenden Elemente auf dem Gebiet der Weltpolitik oder Weltwirtschaft zu isolieren und zur Kapitulation zu zwingen.

Die österreichische Bundesregierung stellt im Zusammenhang mit dem Gesagten fest, daß sie noch nciht im Besitze ausreichender Jnformationen über die wichtigste politischen Besprechungen bei den Londoner Krönungsfeierlichkeiten ist. Sie muss jedoch auch die bereits vorliegenden Berichte und Meldungen über die besagten Besprechungen als genügend betrachten, um Ew.Exzellenz zu beauftragen, die Kgl. und kaiserl. italienische Regierung davon in Kenntnis zu setzten, dass die Bundesregierung trotz ihrem Festhaltem an den Römischen Protokollen ex 1934 und 1936 und an dem deutsch- österreichischen Abkommen vom 11.Juli 1936 kaum in der Lage sein wird, Österreichs Wirtschaftspolitik auch im Falle eines offenen wirtschaftlichen Konfliktes zwischen den Westmächten Frankreich und Grossbritanien einerseits und Jtalien bzw.Deutschland andererseits auf dien erwähnten Verträge in einem Maße zu basieren, das den machtpolitischen Jnteressen Jtaliens vollkommen entsprechen würde, denn die österreichische Staatsführung könnte unter keinen

Left-Top Aligned

Umständen darauf eingehen, in einen offenen Konflikt der Großmächte, wenn auch nur auf wirtschaftlichen Gebiete, hineingezogen zu werden.

Der SD-Führer des SS-Oberabschnitts Süd
i. V.
SS-Hauptsturmführer

Centered

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

Der Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS

Der SD-Führer des SS-Oberabschnittes Süd

2213

III/1 SA: 2 A. 25. Mai 1937.

Dr.G./sh.

SD-Sect. I
48654
- 7 MAI 1937
III 1

An das

S i c h e r h e i t s h a u p t a m t

Doppel entnommen
Hauptkanzlei

B e r l i n.

Betr.: Nachrichten aus dem Bundeskanzleramt, Wien.

Vorg.: Ohne.

Am 2o.5.1937 ist an die diplomatischen Vertretungen Österreichs im Auslande ein Telegramm des Bundeskanzleramtes ergangen, demzufolge die Bundesregierung mit Genugtuung feststellen kann, daß jeder Angriff auf die politische Unabhängigkeit Österreichs einem entschiedenen Widerstand Grossbritaniens und Frankreichs begegnen wird. Die Bundesregierung legt jedoch Wert darauf auf die ausdrückliche Feststellung, daß die römischen Protokolle ex 1934 und 1936 und das deutsch-österreichische Abkommen vom 11. Juli 1936 durch die Beziehungen Österreichs zu den Westmächten und zu den Nachbarstaaten in keiner Weise berührt werden, solange Jtalien und das Deutsche Reich gewillt sind, ihrem Verhältnis zu Österreich das unzweideutige Festhalten an den besagten Verträgen zugrundezulegen. Die Bundesregierung sieht sich bewogen, mit Entschiedenheit allen Kombinationen entgegenzutreten, die von einer Neuorientierung der österreichischen Aussenpolitik wissen wollen Die Bundesregierung erklärt ausdrücklich, daß Österreich keine Politik verfolgt,die gegen die Lebensinteressen Jtaliens oder des deutschen Reiches im Donauraum gerichtet sei.

Der SD-Führer des SS-Oberabschnitts Süd
i. V.
gez. Leonhard
SS-Hauptsturmführer

34

Right-Bottom-Aligned

Left-Top Aligned

Der Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS

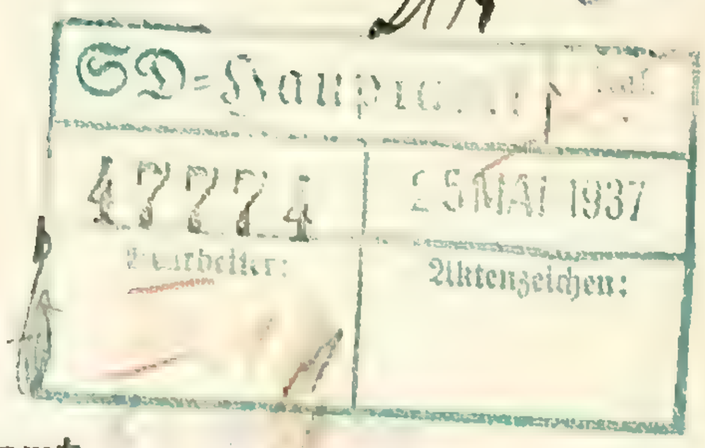
Der SD-Führer des SS-Oberabschnittes Süd

III/1. SA: 2 A V/1.

Dr.G./Th.

19. Mai 1937.

214



An das

Sicherheitshauptamt,

B e r l i n .

Betr.: Schreiben des Bundeskanzleramtes an die diplomatischen Vertreter Österreichs im Ausland v.13.5.37.

Vorg.: Ohne.

Centered

Am 13.5.37 ist an die diplomatischen Vertreter Österreichs im Ausland ein vertrauliches Schreiben des Bundeskanzleramtes ergangen,demzufolge die österreichische Bundesregierung der mit "steigender Intensivität" zu Tage tretenden deutsch-italienischen Achsendemonstartion keineswegs jene Bedeutung beimisst,wie dies bei den übrigen europäischen Staaten der Fall zu sein scheine.

Die Bundesregierung neigt vielmehr noch immer zu der Ansicht,dass zwischen Italien und dem Deutschen Reiche vor allem ein gegenseitiges Misstrauen herrscht, das der auf Zweckgemeinschaft basierten "Achse" die charakteristischen Merkmale eines wahren Freundschafts- bezw. Bündnissverhältnisses nimmt. Die Bundesregierung würde schon aus diesem Grunde allein jede allzu enge Anlehnung Österreichs an die Achse Rom-Berlin als nicht opportun betrachten,ist aber ausserdem der Meinung,dass sowohl Italien wie das Deutsche Reich in Wirklichkeit,und zwar jedes für sich, eine direkte Verständigung mit Grossbritanien suche,so dass

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

der eigentliche Kern der gegenwärtigen europäischen Problematik darin liegt,ob es Rom oder Berlin sein wird,dem die erfolgreiche und restlose Überbrückung des Gegensatzes zu London zuerst gelingt. Das britisch-italienische Gentlemen agreement schien seinerzeit die Annahme zu rechtfertigen,dass sich die italienische Diplomatie alle Vorteile einer Zusammenarbeit mit Grossbritanien im Mittelmeerraum zu sichern vermochte und allmählich dazu schreiten werde, die Stellung Italiens in Mittel- und Südosteuropa im Wege einer Verständigung mit London und Paris einerseits und Berlin andererseits zu konsolidieren.Das äusserst geschickte Spiel der Berliner Diplomatie hat aber heute eine Lage geschaffen,die zu der Annahme berechtigt,dass die Brücke zu Grossbritanien **nunmehr** vom Deutschen Reich,und nicht wie zu erwarten war,von Italien gefunden werden dürfte. Die Bundesregierung neigt zu der Ansicht,dass es im Interesse Österreichs liegt,die Einschaltung Grossbritaniens und die Angelegenheiten Mittel- und Südosteuropas zu fördern und dass sowohl eine britisch-deutsche wie auch eine britisch-italienische Annäherung angesichts der gegenwärtigen Machtstellung Grossbritaniens keinerlei Gefahr für die historische Mission Österreichs im Donauraum bergen kann. Die Bundesregie ung betrachtet es als zweckmässig, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen,dass die österreichische Staatsführung jede "Neueinstellung" ihrer Aussenpolitik gegenüber der Achse Rom-Berlin für unmöglich hält und zwar aus dem einfachen Grund,weil Österreich unter keinen Umständen das Risiko eines offenen gleichzeitigen Bruches mit dem Deutschen Reich und Italien eingehen darf,ohne dass es Gefahr laufe,aufzuhören,ein freier und selbständiger Staat zu sein.Die Bundesregierung legt aus besagten Gründen ganz besonderen Wert darauf,mit aller Bestimmtheit festzustellen,dass Österreich entschlossen ist, an den Römischen Protokollen ex 1934 und 1936 unbedingt festzuhalten und die sorgfältigste Pflege freundschaftlicher,jedenfalls aber korrekter Beziehungen zu

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

Italien nicht ausser acht zu lassen.Die realpolitische Tatsache der Achse Rom-Berlin bestimmt auch das Festhalten Österreichs an dem Abkommen vom 11. Juli 1936,unter der Voraussetzung,dass an der österreichischen Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit nicht gerührt werden darf. Die österreichische Staatsführung lehnt jedoch jene Interpretierung der Römischen Protokolle oder des Abkommens vom 11. Juli 36 entschieden ab, die eine konsequente Völkerbundpolitik Österreichs,den Ausbau seiner politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten oder sein freundschaftliches Verhältniss zu den westeuropäischen Grossmächten England und Frankreich nachteilig beeinflussen könnte.Die Bundesregierung stellt ferner ausdrücklich fest,dass die innerösterreichische Entwicklung von allen aussenpolitischen Bindungen Österreichs völlig unabhängig bleibt.Die österreichische Staatsführung ist entschlossen,alle übertriebenen und für Österreich unannehmbaren Ansprüche und Forderungen der Nachbarmächte unter allen Umständen zurückzuweisen und kann aus diesem Grunde auf gewisse Rückversicherungen internationalpolitischer Art nicht verzichten.

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

Der SD-Führer des SS-Oberabschnitts Süd
i. V.

SS-Hauptsturmführer

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

32

3 0. April 1937

III/1 VA 14 012

2229.

40163

5. Mai 1937

An das

Sicherheits-Hauptamt,
- III/1 -

B e r l i n .

Betrifft: Nachrichten aus Österreich.
Vorgang: Hies. Schr. VA 14 012 v. 13.4.37

/ Anliegend wird ein Brief aus Wien zur Kenntnis gegeben, der Ende März 1937 geschrieben worden ist.

In einem einige Tage früher geschriebenen Briefe heisst es:

Geheim!

"Nationale Kreise glauben, dass nach der Anleihe der Kurs judenfeindlicher werde, also mehr national. Das sind naive Auffassungen, die weltfremd, der Mentalität der Triumvirn Schuschnigg, Zern. und Schmidt nicht entsprechen. Diese halten, wie letzte Rede von Schmidt ja beweist, an den Habsburgern fest und pfeifen unter sich auf die Einwände von Mussolini. Das Verhältnis zum Reich ist wesentlich schwächer, die Vorstellung Papens wegen der Judenpresse ganz umsonst. Überhaupt wird die Gesandtschaft stark kritisiert, da kein Wille und Energie bei deren Vorstellungen vorliegt, alles als bare Münze genommen wird, wo jedes Kind wissen muss, dass alle Versprechungen nur Schall und Rauch. Wenn solche Sachen den Italienern passierten, wäre der Gesandte schon längst demonstrativ abberufen worden. Abbruch oder Widerruf der Wirtschaftsabkommen seitens des Reiches wäre das

30

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

richtige Vorgehen, um die Herren zur Vernunft zu bringen. Ein Italienischer Diplomat äusserte sich vor zwei Tagen (etwa 18.), dass die Studenten die Redaktion des "Telegraf" hätten schon längst anzünden müssen, wenn es Kerle wären. Das Verhältnis zu Italien ist sehr kühl, in Budapest wollte man gegen Italien intrigieren und die "Neue Linie Prag - Paris - Wien - Moskau" als beste politische Sicherstellung propagieren. Ganz unerwartet kam der Brief des Papstes wegen der Kommunisten, mit denen man immer mehr liebäugelt. Ebenso die abweisende Stellung des Vatikan wegen der Habsburger, offenbar von Mussolini inspiriert (??). Man weiss eben nicht, was man tun soll, um sich am Ruder zu halten und sich anderwärts sicherzustellen. Daher die erhöhte Rede- und Versammlungstätigkeit; man sucht mit allen Mitteln von sich reden zu machen. Der gänzliche Misserfolg der Anleihe hat auch gewirkt. Daher diese "Wunsch"-Versammlungen. Die Wunschredner, die gewählt und bestellt sind, haben erklärt, man möge sie verschonen, sie wollen sich vor der Öffentlichkeit nicht weiter blamieren und kompromittieren. Sie werden nicht mehr reden. Diese Versammlungen spielen sich vor zusammengetriebenem Publikum ab. Begeisterung fehlt. Den Arbeitern werde ein Teil des Lohnes für die Anleihe abgezogen. Stimmung in Ober-Österreich ist nach Mitteilung eines hohen Offiziers sehr schlecht, in den Städten viele Kommunisten, radikale, am Lande hingegen begrüssen sich die Bauern ganz offen mit Heil Hitler."

Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS
Der SD-Führer
des SS-Oberabschnitts Südost.
i.V.

SS-Obersturmführer.

1 Anlage

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

Anlage 1/84
z. Akt ....

Abschrift!

Brief aus Wien von Ende März 1937.

Die Umbildung der Regierung kam gänzlich unerwartet. Hauptgrund war die Haltung Neustädter-Stürmers während des Besuches von Neurath. Der unmittelbare Anlass, der dem Kanzler äusserst willkommen war, war das Eingreifen des Linzer Bischoffs, dessen Zeitung Neustädter-Stürmer in der letzten Zeit viermal beschlagnahmen liess. Die Entlassung selbst war ein regelrechter Hinauswurd, da Neustädter-Stürmer nichts vorher wusste und Schuschnigg mit dem von Miklas unterfertigten Entlassungsdekret kam.

Dass Daraufhin alle Heimwehr-Leute in Oberösterreich und Steiermark ihre Stellen niedergelegt haben,stand in den Zeitungen.

Unseren Freund Franz (Papen), der Schuschnigg wegen der Zeitungen viermal besuchte, wurden bisher nur Vertröstungen zuteil. Sicher ist, dass man in Budapest zwischen Ungarn und CSR zu vermitteln suchte und eine Anlehnung an Prag - Paris sehr betreibt. Daher die jüdische Presse so unverschämt und offen gegen Deutschland Stellung nimmt. Allerdings werden diese offenen Wünsche durch Tatsachen unmöglich gemacht, wie das Abkommen SHS Italien, die Stellung Rumäniens und CSR wegen der Monarchisten und Mussolinis absolutes Festhalten zum Reich. Man schiebt daher den Besuch in Italien so weit als möglich hinaus, da man sich dort keine übertriebenen Höflichkeiten erwartet. Siehe die Artikel im Neuigkeits-Weltblatt und Prager Presse. Sicher ist, dass der jetzige Kurs sehr scharf gegen alles Nationale vor sich gehen wird. Man spricht auch im Bundeskanzleramt offen von der erstrebten schwarzen Diktatur. Die Kombination Ender ist auch daran beteiligt, man will Misklas ausboten, den Kanzler zum Präsidenten mit erweiterten Diktatorvollmachten und Ender zum gefügen, weil alten Kanzler machen. Die Stimmung unter den Nationalen ist sehr erbittert. Ebenso jene der hiesigen Reichsdeutschen über Papen und sein Perso-

40

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

nal. Es wäre gut, darüber einen ausführlichen Bericht nach Berlin zu s enden. Der ganze Kramladen der Metternichgasse taugt nichts.Die blöden Witze im Telegraf gehen ruhig weiter, siehe Karsamstag Mittagsausgabe.

Donnerstag war in Wien am Grossmarkt grosse Kommunistenrazzia, es wurden in der Grossmarkthalle um 7 und 9 Uhr alle Verdächtigen hoppgenommen, um 2 Uhr in St. Marx ebenfalls, im ganzen an 200 Leute, die aber alle im Besitz eder V.D.-Legitimationskwarte waren. Daraufhin traten als Protest korporativ alle anderen, über 600 aus der V.F. aus. Die Monarchisten sind einigermassen deprimiert, obwohl gerade sie die Zusicherung erhalten haben, dass ihr Programm unter allen Umständen durchgeführt werde. Schuschnigg befindet sich in den Klauen von Schmitz und Zernatto, er muss da mithalten. Auch das vatikanische Manöver gegen das Reich soll auf Betreiben Zernattos in Rom ausgehext worden sein.

Centered

Dagegen ist die Stimmung der Klein- und Mittelbauern eine recht gütx ungünstige und immer mehr und mehr ins nationale Fahrwasser geratene. Es wurde auch vielfach abfällig bemerkt dass die vielen deutschen Autos zu Ostern in Wien beinahe alle neutral ohne Wimpel gefahren sind, als hätten sie alle Angst. Das erregt die Nationale Bevölkerung sehr und man fragt sich, ob denn das Reich wirklich in allem und jedem nachgeben wird und sich die jüdischen Presseangriffe etc. weiter ruhig gefallen lassen wird.

Jedenfalls wird weiter nach allen Richtungen, speziell Paris London, Prag gearbeitet, um dort Ersatz zu suchen, wenn der 11. Juli krachen sollte.

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

36

Sicherheitsdienst des Reichsführers SS
SD-Oberabschnitt Süd

III/1. SA.: 2 A V/1. 27. April 1937.
Dr.G./Th.

2186.
7. 5. 37.

1. Mai 1937

An das

Sicherheitshauptamt

Doppel entnommen
Hauptkanzlei

SD-Hauptamt | Eing. 39364 | 30 APR. 1937 | Tagebuch-Nr.: III 1 | Aktenzeichen:

4. Mai 1937

Berlin.

Betr.: Schreiben des Bundeskanzleramtes v.15.4.37 an die österreichische Gesandtschaft in Rom.-

Vorg.: Ohne.

Am 15.4.37 ist an die österreichische Gesandtschaft in Rom eine Weisung des Bundeskanzleramtes ergangen,dem zufolge die italienische Regierung "in unmissdeutbarer Weise" davon in Kenntnis zu setzen ist,dass die österreichische Staatsführung zu ihrem Bedauern eine fortschreitende Meinungsverschiedenheit zwischen Österreich und dem Deutschen Reich in der Interpretierung des Abkommens vom 11. Juli 36 feststellen muss. Die Bundesregierung wird alles daran setzen,eine weitere Verschärfung des deutsch-österreichischen Gegensatzes zu vermeiden und jede sich bietende Möglichkeit einer Verständigung mit der deutschen Reichsregierung auszunutzen,muss jedoch vorausschicken, dass

1. die ständige und planmässige Einmengung verschiedener Organe und Stellen der NSDAP Deutschlands in die innerösterreichischen Angelegenheiten und
2. die bedrohliche Zuspitzung des anscheinend permanenten Konfliktes zwischen den "totalitären" Aspirationen des deutschen Nationalsozialismus und der Katholischen Kirche

42

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

57

es der österreichischen Staatsführung ausserordentlich schwer machen, am deutsch-österreichischen Abkommen v.11. Juli 36 festzuhalten. Die Bundesregierung sieht sich gezwungen, die königlich und Kaiserliche italienische Regierung auf die Möglichkeit einer Kündigung des besagten Abkommens mit dem Deutschen Reich aufmerksam zu machen, da es sich immer mehr erweist, dass die vom Deutschen Reich Österreich gegenüber freiwillig übernommenen vertraglichen Verpflichtungen in einem Masse verletzt werden, dass die österreichische Staatsführung gezwungen ist, das Abkommen vom 11. Juli 36 als eine schwere und beinahe untragbare Belastung der Innen- und Aussenpolitik Österreichs zu empfinden.

Die Bundesregierung ist ferner nicht in der Lage, die Politik des Deutschen Reiches gegenüber der Tschechoslowakei mitzumachen und stellt mit Befremden fest, dass die Stellungnahme der kgl. und kaiserl. italienischen Regierung zur tschechoslowakischen Frage und zu den Problemen der Donauraumpolitik überhaupt weittragende Abweichungen von den Grundsätzen der Römischen Protokolle ex 1934 und 1936 aufwiest.

Die Bundesregierung muss unbedingt darauf bestehen, dass sich die kgl. und kaiserl. italienische Regierung entschliessen möge, sich von der politischen Zielsetzung des deutschen Nationalsozialismus bezüglich des Donaugebietes eindeutig zu trennen, bezw. eine klare und hinsichtlich der einzelnen Donaustaaten genau umrissene Stellung zu beziehen.

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

Der SD-Führer des SS-Oberabschnitts Süd
i. V.

SS-Hauptsturmführer

43

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

Centered

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

Centered

95

Right-Bottom Aligned